

Launus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und Hornauer Anzeiger | Nassauische Schweiz - Anzeiger für Ehlhalten, Falkensteiner Anzeiger
Eppenhain, Glashütten, Kuppertshain, Schloßborn | Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M. monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Pettzeile: 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 55 mm breite Reklame-Pettzeile im Tertiel 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressnachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, drittel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unteränklicher Anzeigen in

Samstag
19
Oktober

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachsatz. Jede Nachschubewilligung wird hinsichtlich der gerichtlicher Beitreibung der Anzeigengebühren. — Einsätze Bellagen: Laufend 9.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 9^U. Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingereicht sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird ausschließlich bewilligt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 164 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 3527.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Die Räumung der flandrischen Küste.

Berlin, 19. Okt. Die seit einigen Tagen erwartete Räumung der flandrischen Küste ist nunmehr erfolgt, und unsere Truppen sind auf die Linie zwischen Brügge und der Ys zurückgegangen. Diese Rückwärtsverlegung ist erfolgt, um die Front straff und widerstandsfähig zu erhalten. Alle militärischen Anlagen an der flandrischen Küste sind entweder völlig abgebaut und zurücktransportiert worden, oder der Feind hat sie in unbrauchbarem Zustand vorgefunden. Die meisten Schiffe, die in den Häfen der flandrischen Küste lagen, konnten in die Heimat zurückgebracht werden, und ganz wenige nicht seefähige havarierte Schiffe wurden gesprengt. Mit den Vorbereitungen für diese Räumung ist schon begonnen worden, als die Feinde die ersten starken Stöße in der Richtung auf Roulers machten. Von hochverständigen Stellen wird darauf hingewiesen, daß die Räumung der flandrischen Küste auf die Seekriegsführung keine erhebliche Einwirkung hat, zumal da durch verschärfte Gegenwirkung des Feindes namentlich mit Minensperren die Operationen von hier aus seit langem sehr erschwert waren.

Haag, 18. Okt. Aus London wird gemeldet: Der Korrespondent Gibbs meldet am Mittwoch: Zwischen Naghem Thielt und Courtrai befindet sich kein einziges Haus, das irgendwelche Spuren des Krieges aufweist. Trotzdem in den Städten eine ganze Reihe von kleinen Läden vorhanden sind, ist kein einziger geplündert worden. In Courtrai ist nicht die mindeste Spur von Verwüstungen vorhanden.

Der Feind in Ostende.

Basel, 18. Okt. Nach einem Pariser Havasbericht erhielt der Marineminister von dem Chef des Generalstabs, des Befehlshabers der französischen Marine an der Nordzone der Armeen folgendes Telegramm: Am 17. Oktober um 5.50 Uhr nachmittags sind der König und die Königin der Belgier in Ostende eingezogen. Der Admiral Ronard, Oberbefehlshaber der französischen Marine, begab sich ebenfalls dorthin. Die Stadt ist geslaggt. Eine große Menge von Kliegern hat sich auf den Gestaden von Ostende niedergelassen.

Beschlagnahme deutscher Schiffe.

Berlin, 19. Okt. Die spanische Regierung hat nach hier eingetroffenen Funkprüchen sieben deutsche Schiffe, die in spanischen Häfen lagen, beschlagnahmt. Es ist möglich, daß es sich dabei um die Ausföhrung deutscher Zusagen handelt, die während der letzten Besprechungen mit Spanien gemacht worden sind. Von deutscher Seite war dabei zugesichert worden, daß Spanien für die Besenkung zweier Schiffe außerhalb des Sperrgebietes durch zwei deutsche Schiffe Ersatz bekommen sollte. Weiter hatte die deutsche Regierung der spanischen das Recht zugesprochen, mit Rücksicht auf die große Lomagenot fünf deutsche Schiffe zu chartern.

Wiener Generalstabsbericht.

Wien, 18. Okt. (W. B.) Amtlich wird verlautbart:
Italienischer Kriegsschauplatz.

Westlich des Garda-Sees schlugen Abteilungen des Tiroler Landsturm-Bataillons Nr. 163 einen italienischen Vorstoß zurück. Auch sonst lebhaftere Gesichtstätigkeit.

Albanischer Kriegsschauplatz.

In Albanien keine größeren Kaupshandlungen. In der westlichen und im Tale der südlichen Morawa scheiderten serbische Angriffe.

Der Chef des Generalstabs.

Die türkischen Kriegsschauplätze.

Berlin, 18. Okt. Auf dem Kriegsschauplatz in Palästina sind Araberstämmen, die sich bisher ruhig verhielten, von englischen Offizieren aufgewiegelt worden. Vor etwa zwei Wochen erschienen vor Alexandrette zwei englische Torpedoboote und es soll mit dem türkischen Flakkommandanten verhandelt worden sein. Der Zweck des Erscheinens der Kriegsschiffe war wohl, Erkundungen für etwaige Landungen auszuführen.

Auf dem mesopotamischen Kriegsschauplatz hat ein starker feindlicher Erkundungsvorstoß gegen die türkische Fellaustellung begonnen. Englische Panzerwagen sind auf dem

westlichen Tigrisufer vorgestoßen, englische Kavallerie ist in beträchtlicher Stärke im Vorstoß. Ihre Absicht ist wahrscheinlich eine Umgehung der Fellaustellung und Befehung von Mossul.

Auf dem europäischen Kriegsschauplatz der Türkei hält man eine Landung von Ententetruppen bei Debeagass für bevorstehend. Auch mit einem starken Angriff auf die Dardanellen und gegen die Maristellungen wird gerechnet. Die Entente wird sich dabei der bulgarischen Bahnen zu einem Angriff auch gegen die Nordwestgrenze der europäischen Türkei bedienen.

Die deutsche Antwort an Wilson.

Berlin, 19. Okt. Nachdem die endgültige Formulierung unserer Antwort festgelegt ist, nimmt man an, daß heute abend unsere Note an den schweizerischen Gesandten zur Weitergabe an Wilson überreicht wird.

Unser Friedensschritt war von Anfang an ehrlich und ernst gemeint und daraus ergibt sich ohne weiteres, daß auf die Wilsonschen neuesten Vorstellungen unsere auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage beruhende Regierung in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages und damit des deutschen Volkes sachlich und eingehend antworten wird. Trotzdem hat der Präsident der Vereinigten Staaten dem deutschen Heere unrecht getan, wenn er ihm ganz allgemein den Vorwurf macht, daß es willkürlich fremdes Gut zerstöre. Es liegen ausdrückliche Befehle der Obersten Heeresleitung vor, die jede Zerstörung, die nicht unbedingt im militärischen Interesse liegt, ausdrücklich untersagen. Auch nicht die deutschen Truppen sind es, die die Ortschaften in Feindesland der Vernichtung preisgeben, sondern die feindlichen Geschosse und die feindlichen Bombenabwürfe machen flandrische und französische Ortschaften zu Trümmerhaufen und treiben die einheimische Bevölkerung von Haus und Hof. Nicht im Interesse der deutschen Kriegsföhrung liegt es wahrlich, wenn rückwärtige Verbindungen von einem Flüchtlingsheer, das zu vielen Tausenden zählt, überschwennt sind. Nur die Furcht um das eigene Leben, nur die Angst vor der feindlichen Beschickung hat die Bevölkerung rückwärts getrieben. Die belgische Bevölkerung sieht mit Schrecken den weiteren Kämpfen auf ihrem Gebiet entgegen und ist der festen Ueberzeugung, daß nur ein Waffenstillstand ihre Wohnstätten und ihr Arbeitsgebiet vor der Vernichtung durch den fortwährenden Kampf retten kann. Die deutschen Truppen haben ein objektives Urteil über ihre Kriegsföhrung nicht zu fürchten, und deshalb schließt sich die große Mehrheit des Volkes dem Vorschlag des „Vorwärts“ an, durch Neutrale ein objektives Bild zu schaffen über den Umfang und die Art der angerichteten Zerstörungen. Der von Wilson in seiner Note behauptete rücksichtslose Unterföhrungskrieg ist als Repressalie gegen die englische Hungerblockade unternommen, gegen die sich Wilson früher selbst ausgesprochen hat, und die unsere Kinder und Greise dem Hungertode ausliefern sollte. Und deshalb zweifeln wir nicht daran, daß zwischen Wilsons Auffassung und unserer Notwehr gegenüber dem englischen im Widerspruch zu dem Grundsatz des Völkerrrechts stehenden Absperrungssystem eine Annäherung sich wird erzielen lassen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Note an Wilson.

Haag, 18. Okt. Reuter meldet aus Washington: Offiziös wird mitgeteilt, daß die amerikanische Antwort an Oesterreich nicht erfolgen wird, bevor Deutschland auf Wilsons Note endgültig geantwortet hat.

Der Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 18. Okt. (W. B.) Die nächste Sitzung des Reichstags findet Dienstag den 22. Oktober, nachmittags 2 Uhr statt.

Kein Wechsel im Kriegsernährungsamt.

Berlin, 18. Okt. (W. B.) Mit Rücksicht darauf, daß ein Wechsel in der Leitung des Kriegsernährungsamts zu Stöckungen föhren könnte, welche bei der gegenwärtigen ersten Lage nicht erträglich wären, hat, wie wir hören, der Staatssekretär v. Waldow auf wiederholtes Ersuchen des Reichskanzlers sein Entlassungsgesuch zurückgezogen.

Die Neuordnung in Elsaß-Lothringen.

Strasbourg i. E., 19. Okt. Dr. Schwander hat seine Ernennung zum Statthalter erhalten und heute den Bürgermeisterposten niedergelegt. Haug ist mit der Wahrung der Geschäfte des Staatssekretärs beauftragt; die Ernennung folgt nach der Abänderung des Verfassungsgesetzes, daß sein Abgeordnetenmandat gewahrt bleibt. Das bisherige Ministerium hat seine Entlassung erhalten; die Bildung eines Koalitionsministeriums beginnt unverzüglich. Die fortschrittliche Fraktion wird die Bildung eines interfraktionellen Ausschusses beantragen.

Heerführer v. François.

Der auf verschiedenen Kriegsschauplätzen bewährte Heerführer v. François hat seinen Abschied bewilligt erhalten und zwar unter Befassung à la suite des Königin Elisabeth-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 3, sowie unter Verleihung des Großkreuzes des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern.

Kundgebungen.

Aus allen Teilen des Reiches strömen in wachsendem Maße Kundgebungen zusammen, die in flammender Entzündung den herrlichen Ton der Wilson-Note zurückweisen und die Regierung auffordern, wenn die Verhandlungen mit der Entente nicht zu einem ehrenvollen Frieden für Deutschland föhren, die nationale Verteidigung zu organisieren. Wir nennen aus der Fülle dieser markanten Kundgebungen nur folgende: Ostpreußen heißt die Unversehrtheit des Reiches und in aller erster Linie seine ungeschmälerte Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande. Gleiche Kundgebungen liegen aus Posen und Westpreußen vor. Der Bund der Industriellen stellt seine gesamte Organisation der nationalen Verteidigung zur Verfügung. — Die im Reichstädtetbund vereinigten 930 mittleren und kleinen deutschen Städte sandten dem Reichskanzler eine Kundgebung, die zu Schluß lautet: „Sollte aber jetzt der Kampf auf Leben und Tod aufgenommen werden, dann soll die Welt erfahren, daß deutsche Männer, die in vierjährigem Ringen mit übermächtigen Feinden Sieg auf Sieg erschossen haben, im letzten bitteren Kampf zu siegen oder zu sterben wissen.“ — Auch die Reichs- und Freikonfessionelle Partei erlassen Aufrufe ähnlicher Art.

Ein Aufruf der Sozialdemokratie.

Im „Vorwärts“ erläßt der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen Aufruf an die deutschen Männer und Frauen. Der Aufruf hebt hervor, daß es gelungen sei, das Deutsche Reich in friedlicher Revolution vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat umzuwandeln, der die Aufgabe hat, dem deutschen Volk Frieden und Freiheit zu bringen. Die Regierung, der Sozialdemokraten angehören, müsse eine Regierung des Friedens und der demokratischen Ausgestaltung des Landes sein. Der Aufruf bekräftigt das Gelöbnis der Sozialdemokratie vom 4. August 1914 und fügt hinzu, mit einem Frieden der Vergewaltigung, Demütigung und Verletzung seiner Lebensinteressen wird sich das deutsche Volk nimmermehr abfinden. Der Aufruf warnt das Volk vor den Bestrebungen der extremen rechten und linken Parteien, die jehige Regierung in Miskredit zu bringen. Er wendet sich ebenso scharf gegen das alldeutsche Demagogentum, wie gegen gewisse Treibererien der äußersten Linken, die durch bolschewistische Revolutionsphrasen die Arbeiter gegen die Regierung aufzupeitschen versuchen. Derartige Bestrebungen, so heißt es, erschweren nur den Frieden und die friedliche Demokratisierung Deutschlands. Der Aufruf schließt mit der Mahnung, die jehigen schweren Tage standhaft zu überstehen in dem sicheren Bewußtsein, daß die Zukunft der Völkerveröhnung, der Demokratie und dem Sozialismus gehört.

Frankreich.

Gaillaux.

Basel, 19. Okt. Wie die Agence Havas aus Paris meldet, hat der Ministerrat beschlossen, die Abgeordneten Gaillaux und Loustolot und den Ingenieur Comby wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Staates vor den Senat als Staatsgerichtet zu verweisen. Der Senat ist zu diesem Zweck auf den 29. Oktober einberufen.

